

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis



Dezember 2020

Aus dem Landtag und dem Wahlkreis

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

um Ihnen eine Auswahl aus den interessanten Themen der CDU-Landtagsfraktion und meinen Aktivitäten im Wahlkreis zu präsentieren, finden Sie meine Online-Broschüre „Aus dem Landtag und dem Wahlkreis“ auf meiner Homepage.

Umfassende Informationen und Presseberichte zur Arbeit der CDU-Landtagsfraktion finden Sie unter www.cdu-fraktion-niedersachsen.de.

Ich hoffe sehr, dass Ihnen meine Online-Broschüre gefällt.

Natürlich stehe ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung!



Herzlichst
Ihre Editha Westmann

Aus dem Landtag – Dezember 2020

Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 36. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages vom 08. bis 10. Dezember 2020 behandelt

- Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021 – HG 2021) (Drs. 18/7175 neu)
- Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021 (Drs. 18/7357)
- Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz – NKlimaG) (Drs. 18/4839)
- Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag (Drs. 18/6914)
- Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021
- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Neuordnung des nachgeordneten Bereichs im Geschäftsbereich des Kultusministeriums (Drs. 18/7847)
- Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Zuständigkeit für die Durchführung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren und die Anlagenüberwachung für ein Vorhaben der Lürssen Werft GmbH & Co. KG am Betriebsstandort Berne (Drs. 18/8002)
- Verkauf von rd. 8,4 domänenfiskalischer Flächen zur Ausweisung und Vermarktung eines neuen Baugebietes an die Scharnebecker Erschließungs- und Baugesellschaft mbH (SEB) im Landkreis Lüneburg, Gemarkung Artlenburg (Drs. 18/7793)
- Reform des Sanierungs- und Insolvenzrechts – Zuständigkeit der Amtsgerichte für Insolvenzverfahren im Flächenland Niedersachsen erhalten! (Drs. 18/7830)

Aus dem Landtag – Presse Dezember 2020

04. Dezember 2020

Toepffer: Müssen Sterben der Innenstädte verhindern – Vorschlag des Städtetags zur Unterstützung der Einzelhändler ist zielführend

Hannover. „Der Einzelhandel in den niedersächsischen Innenstädten leidet unter den Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie besonders. Nach dem Lockdown Anfang des Jahres müssen die Inhaber geführten Geschäfte nun um ihr Weihnachtsgeschäft bangen. Die Politik wird auch ihnen helfen müssen“, so der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer.

„Der Vorschlag des Niedersächsischen Städtetags, Einzelhandelsunternehmen, die weniger als 75% des Umsatzes aus den Vergleichsmonaten November und Dezember 2020 erzielen, staatlich zu unterstützen, halte ich für zielführend“, so Toepffer.

„Die Einzelhändler sind durch Corona unverschuldet in Not geraten und die Innenstädte drohen weiter auszusterben. Wenn jetzt ein inhabergeführtes Geschäft schließt, macht später kein neues mehr dafür auf. Wir müssen daher das Geschäftesterben in unseren Innenstädten verhindern“, so Toepffer abschließend.

Aus dem Landtag – Presse Dezember 2020

08. Dezember 2020

Toepffer: Stehen vor großen ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen

Hannover. „Aus Sicht der Unionsfraktion ist das, was an diesem Haushalt leider als allererstes auffällt die enorme Neuverschuldung. Eine notwendige Neuverschuldung. Aber eine Verschuldung die uns trotzdem mit großer Sorge erfüllt. Die enormen finanziellen Anstrengungen des Landes sind aber notwendig, wenn wir einigermaßen unbeschadet durch die aktuelle Krise kommen wollen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzender Dirk Toepffer zum Haushalt 2021.

„Uns stellen sich sowohl ökonomische als auch gesellschaftliche Herausforderungen. Ich will dies in einigen Schlüsselbereichen deutlich machen. Schlüsselbereiche, ohne deren Wirtschaftskraft wir die zur Erfüllung staatlicher Aufgaben benötigten Steuermittel nicht erzielen werden“, so der Fraktionschef.

„Niedersachsen ist die Heimat des größten Reisekonzerns der Welt. Niedersachsen ist die Heimat einer der erfolgreichsten Kreuzschiffwerften, ebenfalls weltweit. Niedersachsen verfügt über einen exzellenten Großflughafen. Daher ist es richtig, dass diese Landesregierung alles tut, um die Tourismuswirtschaft in Niedersachsen auch in diesen Zeiten, in denen eigentlich gar kein Tourismus stattfinden kann, am Leben zu halten“, so Toepffer.

„Wir brauchen Unternehmen wie die TUI, um aus der Krise neu starten zu können. Wir brauchen solche Unternehmen auch, um die jetzige Verschuldung zurückzuführen. Und natürlich ist die TUI auch als wichtiger Auftraggeber gefragt“, erläutert der CDU-Fraktionschef.

„Wir müssen beim Thema Tourismus auch über den einzigen niedersächsischen Großflughafen Hannover-Langenhagen, zum dem sich die CDU-Landtagsfraktion ganz klar bekennt, sprechen“, so Toepffer. Seine Fraktion begrüße es ausdrücklich, dass dem Flughafen in dieser Zeit durch eine Landesbürgschaft geholfen werde.

Aus dem Landtag – Presse Dezember 2020

„Wir sind sicher, dass es unserem Flughafen zeitnah gelingen wird, wieder durchzustarten. Trotzdem ist die Frage erlaubt, ob das Geschäftsmodell unseres Flughafens Veränderungen erfahren kann. Dieses Geschäftsmodell beruht in weiten Teilen auf einem sehr seltenen, fast würde ich sagen Alleinstellungsmerkmal dieses Airports. Nämlich seiner Nachtflugerlaubnis“, stellt Toepffer fest. Niemand wolle diese Nachtflüge in Gänze verbieten. Aber es könne nicht richtig sein, dass der Flughafen nur noch dadurch Geld verdient, dass diese Nachtflüge immer mehr ausgeweitet würden. Der Bundesverkehrsminister sei gefordert, endlich ein nationales Flugverkehrskonzept zu entwickeln.

„Eine weiteres Unternehmen mit Landesbeteiligung leidet unter der Pandemie: die Deutsche Messe AG. Die CDU Fraktion will die Deutsche Messe AG als bedeutende Landesbeteiligung erhalten. Das Unternehmen ist ein wichtiger Leuchtturm niedersächsischer Wirtschaftspolitik“, so der Fraktionsvorsitzende.

Aber die Zeiten hätten sich auch ohne die Pandemie verändert. Man müsse heute nicht mehr mit dem Flugzeug um die halbe Welt reisen, um Produkte zu betrachten und Geschäftskontakte zu pflegen. „Die Deutsche Messe AG muss ihr Geschäftsmodell daher entsprechend anpassen“, so Toepffer.

Im Ziel seien sich die Koalitionspartner dabei einig. Im Detail setzten sie aber durchaus unterschiedliche Prioritäten. „CDU und SPD nähern sich den aktuellen Problemen tatsächlich oft von verschiedenen Seiten. Und erreichen so trotzdem für das Land gute Ergebnisse. So werden wir in Zukunft weitermachen“, Toepffer abschließend.

Aus dem Landtag – Presse Dezember 2020

08. Dezember 2020

Thiele: Landeshaushalt 2021 ist ein Haushalt der Stabilität

Hannover. „Dieser Haushalt 2021 ist vor allem ein Haushalt der Stabilität. Das klingt langweilig. In Wahrheit ist es in einer so schweren Krise ein ganz wichtiges Signal. Wir bleiben verlässlich. Wir bleiben berechenbar. Wir bleiben stabil. In Zeiten der Krise ist Stabilität ein Wert an sich“, erklärte Ulf Thiele, stellvertretender Vorsitzender und haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in der Debatte zum Niedersächsischen Landeshaushalt 2021.

Stabilität und Verlässlichkeit spiegeln sich auch in den politischen Beschlüssen von CDU und SPD zum Haushalt 2021 wieder. Denn diese zielten im Wesentlichen darauf ab, in der Krise Strukturen zu stabilisieren – insbesondere im Ehrenamt. „Die Haushaltsanträge von CDU und SPD sichern zudem parlamentarischer Beschlüsse der vergangenen Monate ab. Wir stärken zum Beispiel den Kinderschutz, indem wir den Bau und Betrieb eines fünften Kinderschutzzentrums in Niedersachsen finanzieren und die Arbeit des Landespräventionsrates stärken“, so Thiele.

„Gerade in der Krise bewährt sich die Niedersächsische Schuldenbremse sehr. Sie hindert uns nicht daran, Beatmungsgeräte zu kaufen, Soforthilfen zu zahlen, in die Stabilität unserer Wirtschaft zu investieren“, stellt der Haushaltsexperte fest. Der Tilgungsplan, der zusammen mit dem zweiten Nachtragshaushalt vorgelegt werden musste, zeige zugleich schmerzhaft auf, dass man sich Geld nicht nur leihen kann, sondern es auch zurückzahlen muss.

„Vor diesem Hintergrund steht auch der Haushaltsantrag der Koalitionsfraktionen im Zeichen haushälterischer Vernunft. Mit diesem Haushalt geben wir dem Land Niedersachsen Stabilität“, so Thiele abschließend.

Aus dem Landtag – Presse Dezember 2020

08. Dezember 2020

Lechner: Koalition stärkt Behörden im Kampf gegen Extremisten – mehr Mittel für den Katastrophenschutz

Hannover. Vor dem Hintergrund einer nach wie vor äußerst angespannten Sicherheitslage in Deutschland mahnt der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Sebastian Lechner, im Kampf gegen Extremisten und Terroristen nicht lockerzulassen. In der Debatte zum Haushaltsentwurf des Innenministeriums sagte Lechner, dass Bund und Länder noch besser zusammenarbeiten müssten – insbesondere beim polizeilichen Datenaustausch. „Es kann nicht sein, dass bekannte Extremisten vom Radar der Behörden verschwinden, sobald sie eine Landesgrenze überschreiten. Es ist unerlässlich, den Austausch zu vereinheitlichen und zu harmonisieren. Mit dem von Bund und Ländern gemeinsam getragenen IT-Fonds wollen wir diese Lücke schließen.“ 3,8 Millionen Euro trage Niedersachsen zu dessen Finanzierung bei.

„Im Kampf gegen Kriminalität und Extremismus haben Polizei und Verfassungsschutz bereits in den vergangenen Jahren der rot-schwarzen Koalition eine deutliche Aufwertung erfahren“, so Lechner weiter. Die im Jahr 2017 650 zusätzlich eingestellten Kommissar-Anwärterinnen und –Anwärter haben ihre Ausbildung abgeschlossen und werden 2021 den Dienst aufnehmen. Hierfür werden die Anwärter- in Kommissarstellen umgewandelt. 80 Millionen Euro stellt das Land darüber hinaus für die Sanierung und Modernisierung der Liegenschaften des Verfassungsschutzes bereit. „Diese Koalition hält Wort und stärkt die innere Sicherheit auch und gerade in finanziell schwierigen Zeiten“, so Lechner. „Wir danken den vielen Polizistinnen und Polizisten, die jeden Tag für unsere Sicherheit einstehen.“

Deutlich mehr Unterstützung erhält aufgrund künftig steigender Anforderungen durch den Klimawandel auch der Katastrophenschutz in Niedersachsen. Nachdem die Mittel im vergangenen Jahr durch CDU und SPD zunächst einmalig um eine Million Euro erhöht wurden, wird diese Erhöhung nun bis 2024 fortgeschrieben und um weitere 1,5 Millionen Euro aufgestockt. „Wir können den Kommunen zusagen, dass im kommenden Jahr 10 Millionen Euro Fördermittel für die Anschaffung von Fahrzeugen für die Brandbekämpfung und den Katastrophenschutz bereitstehen“, versichert Lechner. Zusätzliche professionelle Unterstützung erhalten die Landkreise künftig durch das im kommenden Jahr startende Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz: „Es bleibt dabei, dass der Brandschutz regional sichergestellt wird.“

Aus dem Landtag – Presse Dezember 2020

Zentrale Aufgabenfelder wie die Aus- und Weiterbildung wollen wir aber auch zentral organisieren. Wir danken allen im Brand- und Katastrophenschutz tätigen Menschen. Viele von ihnen arbeiten ehrenamtlich und leisten nicht nur jetzt während der Pandemie Unglaubliches.“

Mehr Engagement fordert Lechner abschließend im Bereich E-Government. „Wir sollten den digitalen Schwung der Pandemie nutzen und endlich vorankommen. Das Geld hierfür steht bereit. Jetzt gilt es, zu substantiellen Fortschritten zu kommen.“

Aus dem Landtag – Presse Dezember 2020

09. Dezember 2020

Calderone: Koalition stärkt Gerichte und Staatsanwaltschaften – mehr Stellen im Kampf gegen Clankriminalität und Kindesmissbrauch

Hannover. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Arbeitsbelastung an niedersächsischen Gerichten und Staatsanwaltschaften stärken CDU und SPD die Justizbehörden auch im Jahr 2021 mit zahlreichen unbefristeten neuen Richter- und Staatsanwaltschaften. Neben der Bekämpfung von Clankriminalität sollen sowohl der Kampf gegen Kindesmissbrauch als auch gegen Hasskriminalität und Extremismus intensiviert werden. Ein weiteres Augenmerk legt die Koalition mit zusätzlichen Stellen auf Digitalisierung und die Stärkung des Justizvollzugs.

„Trotz enormer finanzieller Belastungen durch die Corona-Pandemie ist es unserer Justizministerin Barbara Havliza gelungen, einen Haushalt vorzulegen, der den aktuellen Herausforderungen gerecht wird. Ein demokratischer Rechtsstaat kann nur funktionieren, wenn seine Justiz handlungsfähig ist und Straftaten konsequent verfolgt werden“, sagte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Calderone, im Rahmen der heutigen Debatte zum Haushalt des Justizministeriums. „Hierbei legt die Ministerin die richtigen Schwerpunkte. Wir werden Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Kindern noch stärker verfolgen und darüber hinaus sicherstellen, dass Angriffe gegen kommunale, oft ehrenamtliche Amtsträger künftig schneller vor Gericht verhandelt werden. Das sind wir den Opfern schuldig.“ Neben einer besseren Personalausstattung soll hierbei auch verstärkt auf Prävention gesetzt werden.

Ein weiterer wichtiger Baustein der künftigen Justizpolitik sei die Digitalisierung der Behörden sowie der Verfahren selbst, so Calderone weiter. „Wir setzen den Weg zur elektronischen Akte weiter konsequent fort und stellen hierfür nicht nur die Ausstattung, sondern auch die benötigten Stellen zur Verfügung.“

Aus dem Landtag – Presse Dezember 2020

09. Dezember 2020

Bäumer: Umweltpolitik ist in Niedersachsen gut aufgestellt

Hannover. Als gut aufgestellt hat der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Martin Bäumer die Umweltpolitik in Niedersachsen anlässlich der Beratungen zum Haushalt 2021 bezeichnet. „Anders als die früheren grünen Umwelt- und Landwirtschaftsminister haben wir in diesem Jahr die Beratungen zum Naturschutzgesetz und zum Wassergesetz zu einem positiven Abschluss gebracht. Auch das neue Klimaschutzgesetz ist ein Meilenstein in der niedersächsischen Umweltpolitik“, so Bäumer.

Im neuen Haushaltsjahr stünden über den Niedersächsischen Weg Millionenbeträge für einen verbesserten Natur- und Artenschutz zur Verfügung. Diese Beträge würden ihre Wirkung im Flächenland Niedersachsen entfalten: „Um die Konflikte beim Ausbau der Windenergie abzubauen, starten wir ein Modellprojekt, dass in den Kommunen die Arbeit erleichtern soll. Mit einem verbesserten Flächenmanagement für den Hochwasserschutz tragen wir der Entwicklung Rechnung, dass wir den Ausgleich zwischen Starkregenereignissen und Sommertrockenheit managen müssen“, so der Umweltpolitiker.

Ganz wichtig sei der CDU-Landtagsfraktion die Verstärkung der Zuschusserhöhung für das Landesbüro Naturschutz (LaBüN). „Damit erkennen wir an, dass auch Jäger, Angler und Fischer anerkannte Naturschutzverbände sind und erfüllen verlässlich eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende abschließend.

Aus dem Landtag – Presse Dezember 2020

14. Dezember 2020

Westmann: Es ist Zeit, zu handeln – Kinderschutz-Kommission nimmt Arbeit auf

Hannover. Vor dem Hintergrund bundesweit bekannt gewordener Fälle schweren Kindesmissbrauchs hat die im September durch den Niedersächsischen Landtag ins Leben gerufene Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern ihre Arbeit aufgenommen. „Missbrauch und sexuelle Gewalt an Kindern ist leider keine Seltenheit und zieht sich durch alle Gesellschaftsschichten“, sagt die Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion in der Enquetekommission, Editha Westmann. „Es wird Zeit, aus den vorliegenden Erfahrungen wirkungsvolle Maßnahmen zu definieren, zu bündeln und umzusetzen.“

Anfang des vergangenen Jahres hatten die massenhaften Missbrauchsfälle auf einem Campingplatz in Lügde das Land schwer erschüttert und schwerste Verfehlungen im Jugendamt Hameln-Pyrmont offenbart. Die Staatsanwaltschaft Detmold geht von etwa 1.000 Einzeltaten aus. „Hier hat Behördenversagen zu fatalen Folgen und unendlichem Leid bei sehr vielen Kindern geführt. Doch Lügde ist nur ein Baustein in der Pädokriminalität. Wir wollen das Thema in eine breite Öffentlichkeit tragen und die Bürgerinnen und Bürger dafür sensibilisieren. Wir müssen hinschauen, um Kinder zu schützen und um Täter zu überführen“, so Westmann weiter.

In der Enquetekommission werden die zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse der Sonderermittlerin der beim Landespräventionsrat Niedersachsen angesiedelten Lügde-Kommission sowie des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Nordrhein-Westfalen berücksichtigt. Auch die mit dem Kinderschutz befassten niedersächsischen Ministerien sind aufgefordert, einen Bericht abzugeben. Dabei soll die Rolle der beteiligten Jugendämter besonders gewürdigt werden.

Aus dem Landtag – Presse Dezember 2020

Die Kommission will konkrete Präventionsansätze kurzfristig erarbeiten, um so pädophile Kriminalität an Kindern besser verhindern zu können. Hierbei erhalten die Abgeordneten Unterstützung durch die Expertise externer Sachverständiger. Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wird der renommierte Präventions- und Gesundheitspsychologe Dr. Dirk Themann als ständiges Mitglied in die Kommission berufen. Als systemischer Traumatherapeut und Fachkraft für Kinderschutz hatte er bereits in der Vergangenheit zahlreiche öffentliche Stellen auf Landes- und kommunaler Ebene beraten. Außerdem soll der Bundesbeauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, von seiner Arbeit und den auf Bundesebene angesiedelten Initiativen zum Kinderschutz berichten.

„Ich bin davon überzeugt, dass wir fraktionsübergreifend harmonisch und zielorientiert zum Wohle unserer Kinder in der Enquetekommission zusammenarbeiten werden“, betont Westmann. Ende des Jahres 2021 will die Enquetekommission ihren Abschlussbericht vorlegen und konkrete Handlungsoptionen empfehlen.